

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

Nr. 211/2010  
04.08.2010

### **Renate Rastätter: „Rechtsanspruch auf Platz an Beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen im Schulgesetz verankern“**

**Grüne: Bildungswege öffnen – nicht verbarrikadieren!**

„Einen Rechtsanspruch auf einen Platz am beruflichen Gymnasium zu gewähren ist längst überfällig“, betont die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Grüne im Landtag, Renate Rastätter: Jahr für Jahr machen motivierte und leistungsorientierte junge Menschen die bittere Erfahrung, dass sie zwar die Voraussetzungen für die Aufnahme an ein Berufliches Gymnasium erfüllen, aber dennoch leer ausgehen. Es muss anhand der Bewerberzahlen davon ausgegangen werden, dass rund ein Drittel der Bewerberinnen und Bewerber mit einer formalen Zugangsberechtigung vor verschlossener Tür bleiben. Damit wird die Landesregierung mit ihrem Prinzip „Kein Abschluss ohne Anschluss“ immer unglaubwürdiger. Denn zunehmend stellt sich heraus, dass die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit löchrig sind wie ein Schweizer Käse.

Ähnlich unbefriedigend ist der fehlende Rechtsanspruch für eine Aufnahme an eine Berufsoberschule, an der junge Erwachsene nach einer Dualen Ausbildung in einer kompakten zweijährigen gymnasialen Oberschule das Abitur erwerben können. Auch an den 33 Berufsoberschulen im Lande, die als Technische Oberschulen, Wirtschaftsoberschulen sowie sozialwissenschaftliche Oberschulen differenziert sind, gibt es regelmäßig einen deutlichen Bewerberüberhang und eine Deckelung der Einrichtung von Eingangsklassen. Ein Antrag der Grünen auf einen Rechtsanspruch auf einen Schulplatz wurde jüngst im Schulausschuss des Landtags abgelehnt.

Nicht nur aus Gründen der Zugangsgerechtigkeit zu Bildung, sondern auch aus Gründen der wirtschaftlichen Vernunft muss endlich ein Rechtsanspruch auf einen Schulplatz an einem Beruflichen Gymnasium und einer Berufsoberschule gewährt werden und ein Ausbau der Beruflichen Gymnasien erfolgen. Laut einer jüngst veröffentlichten McKinsey-Studie fehlen in Baden-Württemberg bereits bis zum Jahr 2020 mehr als 120.000 Ingenieure. Nach Ansicht der Landtagsgrünen ist es deshalb dringend notwendig, dass in unserem Land alle Chancen ergriffen werden, zusätzliche Bildungspotenziale zu erschließen und zu nutzen. „Das Berufliche Gymnasium stellt einen wichtigen und unverzichtbaren Weg für junge Menschen zu einem ingenieurwissenschaftlichen oder einem naturwissenschaftlichen Studium oder zu einer naturwissenschaftlichen Lehrerausbildung dar“. Ohne einen weiteren Ausbau der beruflichen Gymnasien sowie der Berufsoberschulen wird die Landesregierung ihr hohes Ziel, bis 2020 rund 125.000 Ingenieursstellen zu besetzen, nicht erreichen können. Für die Grünen ist es deshalb unredlich, wenn die Ministerpräsident Mappus Fachkräfte von außen holen will, den eigenen jungen Menschen im Land aber Bildungschancen verbaut. Die Grünen werden das Thema deshalb erneut in den Landtag einbringen.